

Protokoll:

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann führt aus, als man den Bebauungsplan in Aufstellung gebracht habe, sei jedem klar gewesen, dass es sich spätestens im Verfahren als schwieriges Gebiet herausstelle. Sie wisse, dass es innerhalb des Baudezernats interne Kommunikationsschwierigkeiten gebe. Dies dürfe aber nicht dazu führen, dass die Ratsmitglieder aus der Presse erfahren müssten, dass ihnen die Rolle des Buhmanns zugeschoben werde, obwohl das Baudezernat den Fehler verursacht habe. Darüber sei sie sehr verärgert. In diesem Gebiet seien Grundstücke verkauft worden, bei denen Mitarbeiter des Baudezernats den Käufern zugesichert hätten, bald bauen zu können. Jetzt müsse sie heute der Presse entnehmen, ein Grund dafür, dass es nicht weiterginge, sei, dass Mittel im Haushalt fehlten. Dann müsse sie ferner lesen, der Appell der Betroffenen ginge an die Politik. Aus Sicht der Bauverwaltung sei eine solche Lösung nur auf politischem Wege möglich. Vor 14 Tagen habe man dem Ortsvorsteher und ihr noch erklärt, dass es technisch gar nicht lösbar sei. Mit dem Baudezernenten habe man vor Tagen noch zusammen gesessen, um eine Lösung herbeizuführen. Sie erwarte seitens des Baudezernates eine Gegendarstellung in der Presse. Die Angelegenheit könne nicht so stehen bleiben. Der Rat habe nicht so sehr über die Fehler geschimpft, aber dieses Vorgehen könne man nicht tolerieren. Wenn Bauwilligen gesagt werde, wenn man ein Grundstück kaufe, könne man im nächsten Jahr bauen und überhaupt nicht die Voraussetzungen gegeben seien, um bauen zu können, dann sei dies eine Frechheit.

Beigeordneter Prümm erklärt, er wisse nicht, wie es zu dem Artikel in der Rheinzeitung gekommen sei. Man werde aber Kontakt zur Pressestelle der Stadt aufnehmen und entsprechende Aufklärung betreiben.

Rm Reinstädler (CDU) merkt zu dem Bebauungsplan an, es sei noch kein Plan so oft und intensiv beraten worden. In vielen Bürgerversammlungen habe man diesen immer wieder vorgelegt unter Beteiligung der Verwaltung. Es könne heute keiner, der dort Grunderwerb getätigt habe, behaupten, dass er nicht um die Risiken und um die Ausführungen gewusst habe. Die ökologischen Gegebenheiten machten es erforderlich, den Bebauungsplan in 4 Abschnitten zu verwirklichen. Dem Rat liege heute der erste Bauabschnitt zur Entscheidung vor. Anstatt über die Verwaltung zu schimpfen, der durch die Vorgaben der oberen Naturschutzbehörde die Hände gebunden seien, sollte man nun besser nach Wegen suchen, den zweiten Bauabschnitt parallel mit zu erschließen. Dies wäre ein gangbarer Weg. Daher bitte er die Ratskollegen, sich darüber in der nächsten Sitzung des Stadtrates zu verständigen. Hinsichtlich des heutigen Beschlusses merkt er an, dieser sei richtig, finanziert und müsse jetzt durchgeführt werden. Ihm fehle nur, eine Beschlussfassung über den Lärmschutz. Denn dieser fehle jetzt noch und eine Beschlussfassung solle laut Verwaltung in der nächsten Sitzung des Rates erfolgen. Dies hemme aber nun die ganze Entwicklung.

Rm Assenmacher (CDU) äußert, die von Rm Lipinski-Naumann aufgeworfene Frage zum heutigen Presseartikel sei zum einen, ob jemand etwas gewusst habe. Diese Frage stehe im Raum und es sei auch angesprochen worden, dass Käufer ermuntert worden seien, zu Baulandpreisen zu kaufen. Diese Käufer hätten nun nach und nach erfahren, dass noch vollkommen unklar sei, ob sie jemals bauen dürften. Dies sei eine Diskrepanz, die einen Käufer verärgere. Wenn ein Bauwilliger wisse, dass er in 2 bis 3 Jahren verbindlich bauen könne, dann sei dies ein anderes Thema, denn dann könne er sich darauf einstellen. Aber deswegen sei es ganz wichtig, im Fachbereichsausschuss IV eine Zeitachse zu entwickeln, die in das Gebiet in die Abfolge der

einzelnen Bauabschnitte mehr Sicherheit und Klarheit bringe, damit man den Käufern Klarheit bieten könne. Diese hätten sie derzeit nicht.

Rm Schmidt (SPD) betont, an der letzten Bürgerbeteiligung hätten über 120 Personen teilgenommen, die sich für das Baugebiet interessierten. Viele der dort Anwesenden hätten sich so geäußert, dass sie von der Verwaltung eine Zusage erhalten hätten, sie könnten bauen. Dies sei dann von der Verwaltung wieder dementiert worden. Aber er erlebe es Woche für Woche in den Sprechstunden als Ortsvorsteher, dass die Leute kämen mit der Zusage, man könne nächstes Jahr bauen. Wenn diese Menschen auf 2012 und 2013 vertröstet würden, dann sei dies schwierig. Man müsse doch die Angelegenheit vorantreiben, zumindest um den zweiten Bauabschnitt dazu zu bekommen.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann nimmt Bezug auf die Ausführungen des Rm Assenmacher und erklärt, die Zeitachse sei bekannt. Der erste Planabschnitt werde wahrscheinlich bis Mai/Juni 2012 fertig gestellt sein. Für den zweiten Bauabschnitt benötige man zunächst einmal die Planstraße B, die durchgezogen sein müsse, man brauche Kanal-, Wasser- sowie Stromanschlüsse, um überhaupt eine Baugenehmigung erteilen zu können. Die Gemeinheit sei, dass die Planstraße B auch im zweiten Bauabschnitt liege und diese könne erst hergestellt werden, wenn die Planstraße A fertig sei. Für die Bauabschnitte 3 und 4 liege man beim Monitoring von 5 Jahren. Man rede hier über die Jahre von 2012 bis 2016 und es seien Leute darunter, die Flächen gekauft hätten mit der Aussage, sie könnten bald bauen.

Sie habe sich über den Punkt geärgert, dass dies nicht von der Politik zu verantworten sei. Dem Rat sei klar, wie schwierig die Angelegenheit sei. Aber nun bekomme die Politik den Ball zugeworfen, diese bräuchte nur Gelder zur Verfügung zu stellen und dann laufe es. Dies sei nicht fair.

Der zweite Punkt sei, dass der gleiche Mitarbeiter ihr gesagt habe, dass technisch Abschnitt A und Planstraße A überhaupt nicht parallel bearbeitet werden können und heute erlebe sie, dass eben dieser sage, die Politik brauche nur Geld zu geben und dann veranlasse er dies. Letzte Woche habe er noch etwas anderes gesagt. Darüber habe sie sich geärgert. Dieses Verhalten finde sie nicht in Ordnung. Die Politik habe die Angelegenheit positiv begleitet und dann lasse sie sich nicht den Buhmann zuschieben.

Beigeordneter Prümm führt aus, wer den Bebauungsplan kenne, wisse, dass man ganz stark abhängig sei vom Monitoring. Das erste Monitoring werde 2012 durchgeführt. Dann wolle man sehen, wie die Artenausgleichsflächen angenommen worden seien. Danach werde in Absprache mit der oberen Pflegebehörde eruiert, wie Grünspecht und Kleinspecht die entsprechenden Umsetzungsmaßnahmen übernommen hätten. Dann könne man klären, inwieweit man die Bauabschnitte vorziehen könnte. Aber wie Rm Lipinski-Naumann richtig ausgeführt habe, seien die langen Zeiteinheiten im Bebauungsplan so festgesetzt. Dies sei auch vielen bekannt gewesen. Bezüglich der Planstraße würden Überlegungen angestellt, inwieweit technisch das eine oder andere anders machbar sei und dies wolle man zunächst in aller Ruhe eruieren, die entsprechenden Grundlagen ermitteln lassen und dann könne immer noch eine Beschlussvorlage zur Entscheidung zum Vorgehen im weiteren Verfahren vorgelegt werden.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Dr. Gross trägt vor, für seine Fraktion offenbare sich jetzt hier wie bei den Brücken und in der Angelegenheit „Cafe Rheinanlagen“ die sehr problematische Amtsführung des Baudezernenten. Man müsse natürlich auch immer wieder fragen, ob diesbezüglich das Rechnungsprüfungsamt ebenfalls einmal prüfen sollte, was dort genau passiert

sei. Aber den Rat treffe hierbei keine Schuld und er finde es sehr schwach, wenn der Baudezernent sage, er wisse nicht, wie der Artikel in die Rheinzeitung gelangt sei. Dann stelle sich die Frage, wie gut er in seinem Amt Bescheid wisse.

Rm Lehmkühler (SPD) merkt an, in dem heutigen Artikel seien zwei Mitarbeiter zitiert worden, die offensichtlich die Aussagen getätigt hätten. Daher könne man nicht sagen, man wisse nicht, wie dies zu Stande gekommen sei.

Zweitens ginge er davon aus, dass die zitierten Käufer der Grundstücke nicht so umnachtet seien, einfach ins Blaue hinein gekauft zu haben. Es sei vor einer Woche in einem Ausschuss schon diskutiert worden, dass die Leute teilweise verschaukelt worden seien. Sie hätten nämlich Auskünfte erhalten von einem Mitarbeiter der Stadt, dass sie zügig bauen könnten. Jetzt erführen sie, dass dies gar nicht der Fall sei. Dann sollte man in die Bürgerversammlung den Mitarbeiter schicken, der den Bürgern gegenüber diese Aussagen getätigt habe. Dieser sei aber nicht anwesend gewesen und andere hätten sich dafür rechtfertigen müssen. Daher müsse man dann die Frage an die Führungsebene stellen, was getan werde, damit die Bürger richtig informiert würden. Es sei nach seiner Auffassung die Aufgabe der Verwaltung, einen Weg zu finden, dass diese Betroffenen auch nicht über Jahre warten müssten.

Beigeordneter Prümm bittet, vor Erhebung von Kritik die betreffenden Bebauungspläne richtig zu lesen, damit man wisse, wo der Kritikpunkt angemessen sei.

Des Weiteren habe er nach Kenntnisnahme von der Erkrankung des besagten Mitarbeiters den Amtsleiter zur Bürgerversammlung entsendet, damit er die Angelegenheit aufklären könne. Der nächste Schritt sei dann gewesen innerhalb des Dezernates auf Grund der verzwickten Situation und wegen des großen Interesses, in diesem Gebiet schneller bauen zu können, als es unter Umständen der Artenausgleich erlaube, hier Möglichkeiten zu finden, wie man das Monitoring eventuell vorziehen könne, um die entsprechenden Artenüberschreitungen nachhaltig und dauerhaft darzustellen. Aus dem Grund habe er sich erlaubt, mit der oberen Pflegebehörde (SGD Nord) Kontakt aufzunehmen. Das Gespräch habe den Umstand ergeben, dass gesagt worden sei, man versuche das Monitoring weiter vorzuziehen, um hier helfend einzuwirken, weil man erkannt habe, dass gerade in Güls die Bauabsichten auch unter dem Aspekt des demografischen Wandels positiv seien. Aus diesem Grund werde die SGD Nord in dem Fall der Stadt Koblenz beim Monitoring behilflich sein. Nur müsse man dieses Monitoring abwarten.

Rm Rosenbaum (CDU) geht davon aus, dass der angesprochene Mitarbeiter schon das notwendige von seinen Vorgesetzten zu hören bekommen habe in Bezug auf die Äußerungen. Er habe dies in der gesamten Laufzeit mehrfach kritisiert, aber er könne dies nicht öffentlich machen. Er denke, die heutige Diskussion habe ergeben, dass alle, die wollten, dass der Bebauungsplan umgesetzt werde und den Leuten endlich Gelegenheit gegeben werde, ihre Häuser zu bauen, sollten jetzt daran mitarbeiten, dass man den zweiten Bauabschnitt vorziehe und parallel zum ersten Bauabschnitt entwickeln könne. Dann könne das Monitoring schnell durchgeführt werden und danach könne man an den dritten und vierten Abschnitt gehen. Daher fordere er alle Ratskollegen auf, dort mitzuwirken.

Rm Assenmacher (CDU) verdeutlicht, die Stadt Koblenz habe im letzten Bereich Kaufverträge abgeschlossen, auf Grund derer die Leute bereits ihre Kaufpreise auf Bauland gezahlt hätten oder in kürze zahlen müssten. Hier sollte man mit den betroffenen Personen sprechen. Dies koste alles Geld. Man habe eine Einnahmesituation bei der Stadt Koblenz, in der man sich über jeden Preis freue, aber irgendwo sei es eine Frage der Fairness, Baulandpreise zu vereinnahmen, obwohl man

heute noch nicht wisse, wann man wirklich Bauland liefern könne. Insofern rege er an, diesbezüglich Gespräche zu führen, um den Unmut nicht noch anwachsen zu lassen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig die Beschlussvorlage zur Abstimmung.